Communicatio Socialis 41 (2008), Nr. 4: 396–411
Quelle: www.communicatio-socialis.de

Klaus Arnold

Drei Bischöfe im Fokus der Medien

Publizistische Konflikte und Skandale 2007

Die Wahl des deutschen Papsts, der Kölner Weltjugendtag und die Bayern-Reise Benedikts: Die Jahre 2005 und 2006 waren für das Verhältnis der katholischen Kirche zu den Medien außergewöhnlich. Großereignisse sorgten für farbenfrohe Bilder mit begeisterten Menschenmassen. Die Kirche machte Quote, und Glaube war wieder ein öffentliches Thema (vgl. Klenk 2008; von Gemmingen 2005). Dies verdeutlicht, dass die Kirche durch gelungene Inszenierung außerordentlicher Events einen hohen Nachrichtenwert schaffen und ihre Stellung als Vermittlerin transzendentaler Botschaften stärken kann.

Anders sieht es aus, wenn kirchliche Vertreter hart formulierte Äußerungen tätigen oder mit heiklen internen Angelegenheiten zurechtkommen müssen. Dann wird auf einmal wieder das schwierige und konfliktreiche Verhältnis zwischen Kirchen und Medien deutlich (vgl. dazu ausführlich Klenk 2008, S. 19-36; Große Kracht 1997). So ist es für die katholische Kirche zentral, die Medien als Verbreiter der eigenen mit höchsten Wahrheitsansprüchen versehenen Glaubensbotschaften und der darauf basierenden Meinungen zu aktuellen Fragen nutzen zu können.[1] In einem pluralistisch-demokratischen System wird dieser Wahrheitsanspruch jedoch zumindest teilweise kontingent und spielt für die Medien keine entscheidende Rolle. Wichtiger ist es, dass die Glaubensbotschaften hohen Nachrichtenwert aufweisen, was jedoch – wenn nicht gerade ein Papst gewählt oder ein hohes christliches Fest gefeiert wird – meist nicht der Fall ist (vgl. Günther 2000). Meinungsäußerungen aus der katholischen Kirche zu aktuellen gesellschaftlichen Fragen haben zwar für den Journalismus eine höhere Bedeutung, jedoch muss die Kirche hier mit den Vertretern zahlreicher gesellschaftlicher Bereiche konkurrieren. Die Äußerungen von Kirchenvertretern sind insbesondere nur dann von Interesse, wenn sie von hohen Amtsträgern stammen oder wenn sie ungewöhnlich, also z. B. besonders überraschend oder konflikthaltig sind.

1 Siehe dazu z. B. die Pastoralinstruktion „Communio et Progessio" von 1971 (1982), das apostolische Schreiben von Papst Paul VI. „Evangelii nuntiandi" (1975) und die Enzyklika von Papst Johannes Paul II. „Redemptoris missio" (1990).

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2008-4-396, am 12.10.2024, 09:07:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Skandale und publizistische Konflikte

Im Jahr 2007 erreichte zunächst der Augsburger Bischof Walter Mixa im Februar/März mit seiner provozierend formulierten Kritik an der Familienpolitik von Bundesministerin Ursula von der Leyen (CDU), insbesondere an den Plänen für einen Ausbau von Kinderkrippen, ein großes, überwiegend negatives Medienecho. Im Herbst war eine Äußerung des Kölner Kardinals Joachim Meisner zur Rolle von Kunst und Kultur, bei der er das NS-Wort „entartet" verwendete, Anlass für eine kurze, aber intensive negative Berichterstattungswelle. Im Herbst 2007 sorgte schließlich das Verhalten des Regensburger Bistums in einem Fall von Kindesmissbrauch durch einen Priester für eine deutlich negative Presse. Handelt es sich bei den drei durchaus unterschiedlichen, aber was das negative Medienecho angeht, auch wiederum ähnlichen Fällen um Skandale? Was sind überhaupt Skandale und welche Rolle spielen dabei die Medien? Nach dem britischen Politologen John B. Thompson (2000, S. 13f.) sind Skandale dadurch gekennzeichnet, dass es um Handlungen oder Ereignisse geht, bei denen Werte, Normen oder moralische Codes überschritten werden (1), dass immer ein Element des Geheimen oder der Vertuschung vorhanden ist (2), dass einige an dem Skandal Nicht-Beteiligte die Überschreitungen verurteilen (3) und dies öffentlich (4) machen und dass schließlich die Enthüllung und Verurteilung gewisser Handlungen oder Ereignisse den Ruf der Skandalisierten schädigen kann (5). Zu beachten ist allerdings, dass bei Skandalen die Verheimlichung nicht immer eine Rolle spielen muss. Anlass für Skandalisierungen können z. B. auch öffentliche Äußerungen sein, die absichtsvoll getätigt wurden und darauf zielen, das öffentliche Interesse zu wecken oder eine öffentliche Diskussion zu entfachen (vgl. Hitzler 1989).

Eine entscheidende Bedeutung haben bei Skandalen die Medien (vgl. zum Folgenden Kepplinger 2005; 2001; 1999; Kepplinger/Hartung 1993, S. 5-13): Sie sind diejenigen, die bestimmte Missstände oder Normüberschreitungen als empörend charakterisieren, sie dramatisieren und sie so erst zu Skandalen machen. In der Regel wird die Berichterstattung dabei auf eine Person konzentriert, die an den medialen Pranger gestellt wird. Ob dies zu Recht oder Unrecht geschieht, ist unerheblich. Es geht vielmehr darum, dass ein (vermeintlicher) Fehler glaubhaft als vermeidbar, verwerflich oder gemeingefährlich dargestellt werden kann. Zentral ist also der Moralaspekt und somit die Möglichkeit, Personen und ihre Handlungen unter dem Code gut/böse bzw. verantwortlich/unverantwortlich zu betrachten. Je höher das soziale Kapital der entsprechenden Personen ist, umso

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2008-4-396, am 12.10.2024, 09:07:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

besser kann skandalisiert werden (vgl. Burkhardt 2006, S. 125-128). Skandalträchtige Perspektiven können dabei aus dem vormedialen Raum übernommen werden, aber auch erst in den Medien entstehen. Werden Normüberschreitungen oder Missstände von mehreren Medien erfolgreich skandalisiert, so entwickeln sich schnell einheitliche Sichtweisen oder Schemata. Informationen, die bestehende Sichtweisen bestärken, werden schnell und herausragend publiziert, während Informationen, die diesen Sichtweisen widersprechen, nur wenig Chancen auf Veröffentlichung haben. Berichterstattung und Kommentierung gehen dabei in eine Richtung. Damit wird der Skandalisierte isoliert und die allgemeine Geltung der verletzten Norm aktualisiert. Schnell entwickeln die Skandale eine Eigendynamik, bei der auch die Verteidigung des Skandalisierten oft zum Anlass wird, den Skandal auszuweiten und zeitlich zu verlängern.

Skandale lassen sich nach Kepplinger (2005, S. 122-132; 1999; 1994; Kepplinger/Hartung 1993, S. 5-13) von publizistischen Konflikten unterscheiden, bei denen mindestens zwei Kontrahenten mit ähnlichem Gewicht Auseinandersetzungen mit Hilfe der Massenmedien vor dem Publikum austragen. Hier werden zwei oder mehr unterschiedliche Sichtweisen ausgewogen öffentlich gemacht. Bei Skandalen geht es hingegen um die Darstellung von Gemeinsamkeiten, die während des Skandals „rauschhaft ausgelebt werden [...]. Skandale stiften für kurze Zeit eine Gemeinschaft der Rechtschaffenen, die sich in ihrer Empörung der Grundlagen ihrer Zusammengehörigkeit versichern" (Kepplinger/Hartung 1993, S. 10f.). Skandale machen bewusst, welche Werte oder Normen die Skandalisierer und die Gesellschaft verbinden, es handelt sich um „identitätsstiftende Erzählungen" (Burkhardt 2006, S. 133). Skandalisierte empfinden sich gewöhnlich als Opfer. Geben sie dies zu erkennen, können sie jedoch nicht mit Mitleid rechnen. Vielmehr werden sie mit Häme bedacht (vgl. Kepplinger 2005, S. 89). Neben persönlichem Schaden für den Betroffenen haben Skandale auch die Folge, dass die Rezipienten atypische Einzelfälle für typisch halten (vgl. Kepplinger 2005, S. 42; Daschmann 2001). Somit kann es einerseits zum Vertrauensverlust in Personen und Institutionen kommen (vgl. Thompson 2000, S. 245-259; Kepplinger 1996), andererseits sind unter Umständen auch Präventiv- oder Motivationseffekte möglich (vgl. Kepplinger 2005, S. 148). Die Geltungskraft von Normen wird nach der Meinung Kepplingers (2005, S. 158) jedoch kaum gestärkt. Im Gegenteil: Durch fortwährende Skandalisierung sinkt der Glauben an die Relevanz bestimmter Normen.

Skandale betreffen oft Personen, die enge Beziehungen zu Parteien, Kirchen oder sonstigen gesellschaftlichen Organisationen haben.

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2008-4-396, am 12.10.2024, 09:07:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Sie können daher instrumentell genutzt werden, um diese Institutionen zu treffen. Die betroffenen Institutionen können entweder den Skandalisierten stützen, geraten aber dann in Gefahr, die öffentliche Empörung auf sich selbst zu lenken. Sie können den Skandalisierten aber auch fallen lassen, damit laufen sie jedoch Gefahr die Loyalität ihrer Anhänger zu schwächen: „Deshalb sind Skandale Mittel zum Zweck in politischen, ideologischen, weltanschaulichen oder wirtschaftlichen Konflikten" (Kepplinger/Hartung 1993, S. 8).

Bischof Mixa und das Wort von der „Gebärmaschine"

Was die Äußerung Walter Mixas zur Familienpolitik von Bundesministerin Ursula von der Leyen und seine Kritik an dem geplanten Krippenausbau angeht, so versuchte der Augsburger Bischof in seinem Vorstoß die Familienpolitik der Bundesministerin zu skandalisieren und so eine öffentliche Diskussion, einen publizistischen Konflikt ins Rollen zu bringen.[2] Mixa bezeichnete es als „gesellschaftlichen Skandal", dass neue Kinderbetreuungseinrichtungen mit der Kürzung anderer Familienleistungen finanziert werden sollten und erklärte, wer mit staatlicher Förderung Mütter dazu verleite, ihre Kinder bereits kurz nach der Geburt in staatliche Obhut zu geben, degradiere die Frau zur „Gebärmaschine". Er sagte weiter, von der Leyens Familienpolitik diene nicht in erster Linie dem Kindswohl oder der Stärkung der Familie, sondern sei vorrangig darauf ausgerichtet, junge Frauen als Arbeitskräfte-Reserve für die Industrie zu rekrutieren. Familienpolitik, so der Bischof, solle vielmehr darauf ausgerichtet sein, „immer mehr Mütter für die zeitlich überwiegende oder ausschließlich häusliche Erziehung ihrer Kinder in den ersten drei Lebensjahren zu gewinnen und dies auch finanziell zu fördern".[3]

In der nun folgenden öffentlichen Diskussion über Kinderkrippen und die außerhäusliche Betreuung von Kleinkindern wurde besonders Mixas Wort von der „Gebärmaschine" als empörend empfunden. Betrachtet man als Ausgangsbasis die Berichterstattung der Nachrichtenagenturen unter Einbeziehung der Katholischen Nachrichtenagentur, so gab es nur wenige unterstützende Stimmen: Mixas Äußerungen

2 Die folgende Darstellung der drei „Fälle" basiert auf den Agenturmeldungen von KNA, epd, dpa, AP und AFP.

3 Vgl. die Dokumentation von Passagen aus der Pressemitteilung des Bistums, die die Debatte auslöste („Erinnerung an staatliche Fremdbetreuung in der DDR". Die familienpolitischen Äußerungen des Augsburger Bischofs Mixa. KNA-Meldung vom 23.2.2007).

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2008-4-396, am 12.10.2024, 09:07:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

wurden von allen Parteien sowie der evangelischen Kirche und Vertretern katholischer Laienverbände kritisiert. Bei den amtlichen Vertretern der katholischen Kirche überwogen vermittelnde Aussagen, in denen Mixa jedoch ebenfalls indirekt kritisiert wurde: So unterstützte der damalige Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen und betonte die Wahlfreiheit der Eltern in Erziehungsfragen, warnte aber auch mit Blick auf die DDR vor einem zu großen staatlichen Einfluss auf die Kinderbetreuung. Erste Wahl müsse die Erziehung der Kleinkinder in der Familie bleiben. In Mixas Sinn äußerten sich der Kölner Kardinal Joachim Meisner, später noch Oskar Lafontaine sowie der oberste Abt des Benediktinerordens, Notker Wolf.

Mixa ließ sich von den überwiegend negativen Reaktionen nicht beirren und betonte in mehreren Interviews, dass er seine Äußerungen nicht bedaure und weiter zu ihnen stehe. Drei Tage später meinte er jedoch bei „Sabine Christiansen" und kurze Zeit darauf in einem Zeitungsinterview, das von ihm gebrauchte Reizwort von Frauen als Gebärmaschinen sei aus dem Zusammenhang gerissen und falsch verstanden worden. Er wollte vor allem darauf hinweisen, dass allein erziehende und finanziell schlechter gestellte Mütter keine Wahlfreiheit hätten. Auch in den folgenden Wochen und Monaten hielt Mixa Kurs und kritisierte weiterhin die Familienpolitik von der Leyens. Deutlich an Fahrt verlor die Diskussion schließlich Mitte April, als Kardinal Karl Lehmann nach der Frühjahrsvollversammlung der Bischöfe die Unterstützung der Kirche für den Ausbau der Krippenplätze signalisierte und sich von den Äußerungen Mixas, vor allem ihrem Stil und Ton, distanzierte. Allerdings betonte er auch, dass Krippenplätze nicht das Normalmodell sein dürften und auch Mütter, die zu Hause blieben, die gleichen finanziellen Zuwendungen erhalten müssten.

Eine systematische Inhaltsanalyse der überregionalen Zeitungen, der Nachrichtenmagazine und Wochenzeitungen sowie der Lokalzeitung vor Ort über einen Zeitraum von acht Wochen nach der Äußerung Mixas[4], die im Rahmen eines Seminarforschungsprojekts an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt von Studierenden der Journalistik durchgeführt wurde, zeigt, dass hier eine relativ intensive Berichterstattung erfolgte. Es erschienen insgesamt 115 Artikel. Die Mehrheit (75 Artikel) wurde dabei in den ersten zehn Tagen nach der

4 Analysiert wurden „taz", „Frankfurter Rundschau", „Süddeutsche Zeitung", „Spiegel", „Stern", „Zeit" (alle linksliberal) und „Frankfurter Allgemeine Zeitung", „Welt", „Bild", „Focus" (alle konservativ) sowie die regionale „Augsburger Allgemeine". Untersuchungszeitraum war vom 22.2. bis 22.4.2007.

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2008-4-396, am 12.10.2024, 09:07:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Äußerung publiziert. Betrachtet man die in den Artikeln vorhandenen Meinungspositionen[5] (ohne die Äußerungen Mixas und seines Sprechers/Apparats etc.) so bestätigt sich in etwa das Bild, das man aus dem Agenturmaterial gewinnen kann: 73 Prozent bewerteten Mixa und seine Äußerungen negativ und nur 17 Prozent positiv. Zehn Prozent der Meinungen waren entweder ambivalent oder bezogen sich nur auf die katholische Kirche. Neben den Autoren selbst kamen bei den wertenden Aussagen vor allem Politiker der CDU/CSU, der SPD, Amtsträger der katholischen Kirche sowie mit bereits deutlichem Abstand Vertreter von katholischen Laienorganisationen und Amtsträger der evangelischen Kirche zu Wort. Unterstützt wurde Mixa fast ausschließlich von Amtsträgern der katholischen Kirche sowie von den Autoren selbst. Bei den negativen Äußerungen waren neben den Autoren wiederum vor allem die Vertreter von CDU/CSU, der SPD, der evangelischen Kirche, aber auch der katholischen Kirche – Amtsträger und Laienorganisationen – relevant. Die Mehrheit der katholischen Amtsträger äußerte sich jedoch positiv oder ambivalent.

Betrachtet man nur die linksliberalen überregionalen Medien, die etwas intensiver berichteten als die konservativen (vgl. Fußnote 4), so wurde Mixa zu 82 Prozent negativ und nur zu 14 Prozent positiv bewertet. Die meisten Äußerungen kamen wiederum von den Autoren selbst, dann folgten die Vertreter der katholischen Amtskirche, von CDU/CSU, der Laienorganisationen sowie der SPD. Die positiven Wertungen stammten fast alle von Vertretern der Amtskirche, dazu kam eine Äußerung von der Linken Liste und eine von der CDU. Allerdings äußerte sich hier die Hälfte der zitierten Amtsträger negativ über Mixa. Auch in den konservativen überregionalen Medien wurde Mixa negativ beurteilt, und zwar zu 67 Prozent (18 Prozent positive Urteile). Zu Wort kamen neben den Autoren selbst vor allem Vertreter der CDU/CSU, der katholischen Amtskirche sowie der SPD. Die positiven Äußerungen stammten in etwa gleichen Teilen von den Autoren selbst und den Vertretern der Amtskirche. Im Gegensatz zur linksliberalen Presse wurden kaum Laienorganisationen zitiert, zudem waren auch die Zitate von Amtsträgern mehrheitlich positiv oder zumindest ambivalent. Die örtliche Zeitung, die „Augsburger Allgemeine", berichtete deutlich positiver: Die Meinungsäußerungen waren zu 56 Prozent negativ und zu 26 Prozent positiv.

5 In die Analyse aufgenommen wurden jeweils die drei Meinungspositionen mit dem größten Umfang im Artikel. Bei etwa gleichem Umfang wurden die ersten drei herangezogen.

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2008-4-396, am 12.10.2024, 09:07:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Die Meinungsäußerungen bezogen sich je zur Hälfte auf die Person Mixa und das Thema Kinderbetreuung. Der Stil war in etwa gleichen Teilen emotional oder sachlich. Somit wurde eine stark emotional gefärbte moralische Debatte geführt, in der jedoch auch Sachargumente nicht untergingen. Soweit in den Artikeln ein Fazit zu erkennen war, so zielte es vor allem darauf ab, dass Mixa ein rückwärtsgewandter Einzelgänger sei oder – seltener – sich ungeschickt verhalten habe. Dazu passt, dass kaum Beziehungen zu ähnlichen Fällen und damit zur gesamten katholischen Kirche hergestellt wurden. Ebenso wurde zumeist nur Mixa und nicht die Kirche kritisiert.

Der Augsburger Bischof reagierte auf die vielen negativen Äußerungen überwiegend mit Rechtfertigungen und Verteidigungen – oder gar nicht: Oft wurde erwähnt, dass es von ihm keine Reaktion gebe. Weiter drückte er aber auch Freude darüber aus, dass er eine solch heftige Diskussion hervorgerufen habe. Wenn seine Reaktionen kommentiert wurden, dann in drei Viertel der Fälle negativ. Handlungsempfehlungen bezogen sich zumeist darauf, er solle sich künftig zurückhalten oder – eher vereinzelt – von seinem Amt zurücktreten.

Mixa wollte mit seinem Wort von der „Gebärmaschine" eine Diskussion, einen publizistischen Konflikt auslösen. Medien griffen seine Äußerung, die einen hohen Nachrichtenwert hatte, auf und nahmen sie zum Anlass, einen Konflikt mit skandalhaften Zügen zu inszenieren. Dies trifft vor allem auf die linksliberalen Medien zu. Mixas scharfe Kritik war für fast alle interessierten Akteure ein Anlass, sich gegenseitig zu versichern, dass der Ausbau der Kinderkrippen sachlich und moralisch richtig sei. Zielscheibe dürfte hier weniger die gesamte Kirche gewesen sein (da auch fast alle Vertreter der CDU/CSU sowie die konservativen Medien Mixa negativ beurteilten), sondern bestimmte konservative Positionen in der Kirche, die den politischen und öffentlichen Konsens bei diesem Thema in Frage stellten.

Bischof Mixa gab somit zwar konservativen Teilen der Bevölkerung eine Stimme, deren Positionen von den politischen Parteien kaum mehr vertreten wurden, erreichte mit seiner scharfen Äußerung aber eher, dass ein allgemeiner öffentlicher Konsens in dieser Frage demonstriert werden konnte. Dies dürfte auch auf die Bevölkerung Einfluss gehabt haben: So hielt es nach einer Allensbacher Repräsentativumfrage von Anfang April eine große Mehrheit, und zwar 74 Prozent der Bevölkerung, für einen guten Vorschlag, mehr Krippenplätze für Kinder unter drei Jahren einzurichten.[6] Angesichts der fast einhelli-

6 Vgl. Umfrage: Drei Viertel der Deutschen wollen mehr Krippenplätze. epd-Meldung vom 4.4.2007.

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2008-4-396, am 12.10.2024, 09:07:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

gen politischen und öffentlichen Reaktion und der Entwicklung der Bevölkerungsmeinung dürfte Mixas Äußerung – obwohl in der Berichterstattung selten Bezüge zur gesamten Kirche hergestellt wurden – für das Image der katholischen Kirche in der Bevölkerung eher negativ gewesen sein. So waren nach einer Mitte April veröffentlichten bevölkerungsrepräsentativen Umfrage, die der „Focus" in Auftrag gegeben hatte, 63 Prozent der Meinung, Mixas Äußerung habe dem Ansehen der katholischen Kirche geschadet.[7] Für den Bischof selbst dürfte der skandalhafte Konflikt nur wenig negative Folgen gehabt haben: Er wurde bundesweit bekannt und konnte sein Ansehen bei konservativen Teilen der Bevölkerung vermutlich steigern.

Kardinal Meisner und das Wort von der „entarteten" Kunst

Noch deutlicher als bei Walter Mixa fielen die negativen Reaktionen im nächsten Fall aus: Am 14. September warnte der Kölner Kardinal Joachim Meisner im Gottesdienst zur Einweihung des Kölner Diözesanmuseums Kolumba davor, Kunst und Kultur von der Gottesverehrung abzukoppeln. Wo dies geschehe, „erstarrt der Kultus im Ritualismus und die Kultur entartet. Sie verliert ihre Mitte".[8] Dabei handelte es sich nicht um einen zufälligen Ausrutscher, denn der Predigttext war bereits vorher über die Pressestelle verbreitet worden.

Meisners Äußerung war in zweierlei Hinsicht problematisch: Zum einen verwendete er einen Begriff aus dem Propagandaarsenal der Nationalsozialisten, zum anderen verdeutlichte er damit eine Auffassung von Kunst und Kultur, die in einer pluralistischen Gesellschaft als fundamentalistisch betrachtet wird: nämlich, dass wahre Kunst nur im religiösen oder spirituellen Kontext möglich sei. Am gleichen Tag wurde er deshalb vom Kultur-Staatssekretär Nordrhein-Westfalens, Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (CDU), scharf kritisiert. Meisner erklärte daraufhin im Kölner „Domradio", er sei missverstanden worden und er habe lediglich sagen wollen, dass Kunst und Gottesverehrung nicht auseinandergerissen werden dürften, sonst leide beides Schaden. Auch Meisners Sprecher wies die Kritik zurück und erklärte, Meisner habe keineswegs alte Ideologien zu neuen Ehren kommen lassen wollen. Das Wort „entartet" habe er als rhetorisches Mittel verwendet, um die Ideologien des 20. Jahrhunderts mit ihren

7 Vgl. Umfrage: Mixa schadet Ansehen der Kirche. AP-Meldung vom 15.4.2007.
8 Heftige Kritik an Kardinal Meisners Äußerungen zu Kunst. KNA-Meldung vom 14.9.2007.

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2008-4-396, am 12.10.2024, 09:07:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

eigenen Begriffen zu schlagen. Meisner habe bewusst Bezug auf die grausamen Verbrechen des vergangenen Jahrhunderts genommen, um zu verdeutlichen, was in einer Gesellschaft passiere, die Gott vergesse. Ähnlich äußerte sich Meisner einige Tage später in der „FAZ".

Weitere empörte Reaktionen kamen von Politikern verschiedener Parteien, von Künstlern, Schriftstellern, dem Zentralrat der Juden in Deutschland sowie Vertretern des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Katholische Bischöfe monierten vor allem seine Wortwahl, betonten aber, dass Kunst immer einen transzendentalen Bezug habe. Verteidigt wurde er in einer Erklärung konservativer katholischer Gruppierungen, die sich bei Meisner bedankten, dass „er in dieser schnell vergesslichen Zeit auf die Gefahren der Gottvergessenheit hinweise".[9] Bischof Mixa meinte u. a., man solle angesichts der weltweit wachsenden Religiosität eine Diskussion über die Rückbindung von Kunst an religiöse und ethische Normen führen.

In der überregionalen Presse sowie in der „Kölnischen Rundschau" erschienen in den acht Wochen nach der Predigt[10] insgesamt 55 Artikel, davon 47 in den ersten zehn Tagen. Intensiv berichtet wurde also innerhalb der ersten Woche. Betrachtet man die in den Medien zum Ausdruck gebrachten Meinungen (ohne die Erklärungen von Meisner, seinem Sprecher etc.), so waren sie zu 83 Prozent negativ. Die Meinungen kamen dabei zumeist von den Autoren selbst und mit erheblichem Abstand von Vertretern anderer Glaubensgemeinschaften. Hier spielte vor allem der Zentralrat der Juden eine wichtige Rolle. Relativ häufig wurden auch Prominente, Vertreter von CDU/CSU sowie Vertreter der katholischen Amtskirche zitiert. Positive, Meisner verteidigende Äußerungen kamen ausschließlich von den Autoren selbst. Linksliberale und konservative Presse unterschieden sich einzig darin, dass die linksliberalen Medien etwas intensiver über den Fall berichteten. Die Meinungen in linksliberalen Medien waren zu 85 Prozent negativ, in konservativen sogar zu 90 Prozent. In beiden kamen überwiegend die Autoren selbst und die Vertreter anderer Glaubensgemeinschaften zu Wort. In der „Kölnischen Rundschau" zeigte sich ein ähnliches Bild, nur wurden hier verstärkt Prominente zitiert.

Die Meinungsäußerungen waren überwiegend emotional und bezogen sich zumeist auf die Person Meisners. Das von ihm angerissene Thema war eher nebensächlich. Die Äußerung des Kardinals wurde

9 Konservative Katholiken unterstützen Meisner – Jüdischem Zentralrat „Diffamierung" vorgeworfen. AFP-Meldung vom 18.9.2007.

10 Analysezeitraum vom 14.9. bis 11.11.2007.

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2008-4-396, am 12.10.2024, 09:07:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ebenfalls überwiegend als Einzelfall behandelt, Bezüge zu ähnlichen Fällen oder der katholischen Kirche wurden kaum hergestellt. Soweit ein Gesamturteil der Artikel erkennbar war, so zielte es vor allem darauf ab, dass sich Meisner ungeschickt verhalten habe. Meisner reagierte auf die Skandalisierung überwiegend mit Rechtfertigungen und Verteidigungen, die oft den Charakter eines Dementis hatten. Allerdings bedauerte er auch. Zudem wurde öfters thematisiert, dass von ihm keine Reaktion komme. Seine Reaktion wurde nur selten in der Presse wieder aufgenommen und kritisiert. Empfohlen wurde ihm in den Medien, sich in Zukunft zurückzuhalten.

Meisners Formulierung bot genügend Nachrichtenwert, um zumindest eine begrenzte und kurzfristige Skandalisierung zu inszenieren, zumal der Kardinal in der Vergangenheit schon oft durch scharfe Formulierungen und Vergleiche aufgefallen war.[11] Alle Medien – egal wie sie politisch ausgerichtet sind – berichteten hier einheitlich. Positive Stimmen, die es auch gab, wurden von den Medien nicht aufgenommen. Meisners Ansicht zu Kunst und Kultur, die zwar nicht dem gängigen Verständnis in einer pluralistischen Gesellschaft entspricht, die für einen Kirchenvertreter aber durchaus verständlich ist, hätte vermutlich keine Zeitung thematisiert, wenn er mit der Verwendung eines NS-Begriffs nicht ein Tabu und damit einen moralischen Standard gebrochen hätte. Dass es hier bei einer kurzen Skandalisierung blieb, liegt einerseits daran, dass die Tabuverletzung in einem eher harmlosen Zusammenhang erfolgte – über Kunst lässt sich immer streiten – und andererseits seine Äußerung in keinem Bezug zu einer aktuellen und relevanten Debatte stand. Auch hier dürfte die Skandalisierung weniger auf die Kirche selbst, sondern eher auf die Person Meisner und den konservativen Flügel der katholischen Kirche gezielt haben. Weiter hat die Skandalisierung dem Kardinal wohl nur wenig geschadet. Jedoch dürfte sie dazu beigetragen haben, das Image der katholischen Kirche als einer sehr dogmatischen Institution zu verstärken.

Bischof Müller und der Missbrauchsfall von Riekofen

Neben provokanten Äußerungen sorgte im Jahr 2007 auch das Verhalten des Regensburger Bistums in einem Fall von Kindesmissbrauch für eine sehr negative Presse: Ende August leitete die Staatsanwaltschaft Regensburg ein Ermittlungsverfahren gegen den Pfarrer von

11 Vgl. Matthias Armborst: Ein Kirchenmann der scharfen Töne. Das AP-Porträt. AP-Meldung vom 16.9.2007.

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2008-4-396, am 12.10.2024, 09:07:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Riekofen ein; wegen Fluchtgefahr wurde ein Haftbefehl erlassen. Die Staatsanwaltschaft warf dem Priester vor, in den Jahren 2003 bis 2006 sexuelle Übergriffe an einem Ministranten begangen zu haben. Bereits einige Tage vor dem Haftbefehl war bekannt geworden, dass das Bistum Regensburg den Mann trotz einer einschlägigen Vorstrafe in der Gemeindeseelsorge eingesetzt hatte: Der Priester war bereits im Jahr 2000 wegen sexueller Handlungen an einem Jungen unter 14 Jahren in einem Strafbefehlsverfahren ohne öffentliche Verhandlung zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr (Bewährungszeit drei Jahre) verurteilt worden.

Die Diözese hatte schon beim Bekanntwerden der Vorstrafe des Pfarrers darauf hingewiesen, der Priester sei mit seiner aktuellen Aufgabe erst beauftragt worden, nachdem weder von therapeutischer noch von juristischer Seite Bedenken oder Auflagen bestanden hätten. Weiter sah man auch keinen Verstoß gegen die im Jahr 2002 beschlossenen Leitlinien der Deutschen Bischofskonferenz[12], nach denen einem Täter nach der Verbüßung der Strafe keine Aufgabe mehr übertragen werden darf, die ihn in Verbindung mit Kindern und Jugendlichen bringt. Diese Leitlinie sei in diesem Fall ohne Belang, so hieß es in einer Presseerklärung, da sich die Festlegung der Bischöfe nur auf „strukturell nicht abänderbare Pädophilie"[13] beziehe.

Nach der Verhaftung wurde der Pfarrer sofort suspendiert; weiter brachten Bischof Gerhard Ludwig Müller und der Regensburger Generalvikar Michael Fuchs große Betroffenheit zum Ausdruck. Jedoch beharrte Fuchs darauf, nach der Leitlinie gehandelt zu haben, da ein psychiatrisches Gutachten einen Rückfall ausgeschlossen habe. Ähnlich argumentierte Bischof Müller in einem Interview am 10. September, in dem er meinte, der Fall werde von kircheninternen Kritikern gegen ihn selbst benutzt. Kritik an Müller und seinem Umgang mit dem Fall kamen vor allem von der „Wir sind Kirche"-Bewegung, der Initiative gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch von Kindern, aus der Gemeinde Riekofen sowie von der Presse selbst.

Nachdem Müller einen geplanten Besuch in Riekofen zur Amtseinführung eines neuen Pfarrers abgesagt hatte, veranstaltete er zusammen mit dem Generalvikar am nächsten Tag, dem 21. September, eine

12 Vgl. Zum Vorgehen bei sexuellem Missbrauch Minderjähriger durch Geistliche im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz. Leitlinien mit Erläuterungen. Pressemitteilung der Deutschen Bischofskonferenz vom 27.9.2002 [http://www.dbk.de/aktuell/meldungen/2996/index.html; Abruf 17.5.2008].

13 Zitiert nach Jörg Klotzek: Bistum steht zu vorbestraftem Priester. In: Mittelbayerische Zeitung vom 31.7.2007.

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2008-4-396, am 12.10.2024, 09:07:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Pressekonferenz in Regensburg. Müller lehnte dabei die Verantwortung für den Fall ab. Auch sah er keinen Fehler darin, den vorbestraften Priester erneut als Seelsorger eingesetzt zu haben. Wiederum verwies er auf den gerichtlich bestellten Therapeuten. Später sagte Müller, der Wiedereinsatz des Priesters sei bereits vor seinem Amtsantritt in Regensburg vorbereitet worden, er habe dann nur noch die Entscheidung übernommen. Nun würde er dies nicht mehr so handhaben. Weiter wurden jetzt auch Vorwürfe von Betroffenen erhoben, in der Diözese würde von Priestern begangener sexueller Missbrauch systematisch vertuscht.

Nach Abschluss der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz, auf der über den Fall diskutiert worden war, sagte der damalige Vorsitzende Kardinal Karl Lehmann am 28. September, dass jemand, der in einem sexuellen Missbrauchsfall schuldig geworden sei, auf gar keinen Fall in der normalen Seelsorge beschäftigt werden dürfe. Er hob die Leitlinien von 2002 hervor und meinte in Bezug auf Regensburg: „Dass da oder dort anders hätte gehandelt werden müssen, das will ich nicht in Abrede stellen."[14]

Zwei Tage später berichtete die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung", dass die ursprünglich mit dem Fall befasste Richterin im Jahr 2004 das Ordinariat davor gewarnt habe, den vorbestraften Pfarrer wieder in der Jugendarbeit einzusetzen, auch in anderen Bereichen der Gemeinde könne er lediglich unter Aufsicht tätig werden. Das Regensburger Bistum widersprach dieser Aussage, eine entsprechende Warnung habe es nicht gegeben. Nach der Auskunft des Oberlandesgerichts Nürnberg handelte es sich zudem bei der von Bischof Müller zitierten Beurteilung nicht um ein offizielles vom Gericht bestelltes Gutachten. Vielmehr habe der Pfarrer seinen Therapeuten selbst ausgesucht, der dann vom Bistum um eine schriftliche Stellungnahme gebeten worden war. Dazu meinte die Diözese, der Therapeut sei vom Ordinariat bestimmt worden, das Gericht habe den Nervenarzt jedoch akzeptiert und die Fortsetzung zur Therapie bei ihm zur Bewährungsauflage gemacht.

Weiter erklärte nun der Pfarrgemeinderat von Riekofen, dass der Priester bereits 2001 – was einen Verstoß gegen seine Bewährungsauflagen darstellte – mit der Ministrantenarbeit begonnen habe. Im Ordinariat hieß es dazu, dies sei kein offizieller Einsatz gewesen und man habe davon nichts gewusst. Am 6. Oktober berichtete schließlich

14 Kardinal Lehmann: Jeder Missbrauchsfall ist ein Fall zuviel. dpa-Meldung vom 28.9.2007.

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2008-4-396, am 12.10.2024, 09:07:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

der Bayerische Rundfunk, dem Priester habe bereits im Jahr 2000 ein von der Staatsanwaltschaft Deggendorf beauftragtes Gutachten „homoerotische Pädophilie" bescheinigt. Das Bistum erklärte dazu, von dem Gutachten nur in groben Zügen informiert worden zu sein.

Danach wurde es im Fall Riekofen ruhiger. Der Priester wurde schließlich im März 2008 wegen erneuten Kindesmissbrauchs zu drei Jahren Haft verurteilt. Ein Gutachten stellte nun eine eindeutige homosexuelle Pädophilie fest. Im Rahmen des Prozesses kam es jedoch zu einer weiteren Auseinandersetzung zwischen der Justiz und Bischof Müller. So hieß es in der Urteilsbegründung, die Vorgesetzten hätten gewusst, dass der Pfarrer noch in seiner Bewährungszeit entgegen der gerichtlichen Auflagen in Riekofen tätig gewesen war. Weiter hatten Ermittler in seiner Personalakte auch Vermerke über das im Jahr 2000 entstandene Gutachten gefunden, im dem er als pädophil und als wiederholungsgefährdet eingestuft worden war. Bischof Müller meinte hingegen in einem Interview, der Richter, der den Priester im Jahr 2000 verurteilt hatte, hätte vor Ablauf der Bewährungsfrist vor dem pädophilen Geistlichen warnen müssen. Stattdessen habe es geheißen, dass es für den Verurteilten keine Einschränkungen im pastoralen Einsatz gebe.

Insgesamt erschienen im Untersuchungszeitraum 42 Artikel zum Fall Riekofen[15], die auch auf Bischof Gerhard Müller Bezug nahmen. Am intensivsten berichteten die örtliche „Mittelbayerischen Zeitung" sowie die „Süddeutsche Zeitung" über den Fall. Auch hier wurde in der ersten Woche nach der Verhaftung besonders viel berichtet. Aber erst in der fünften Woche nach dem ursprünglichen Ereignis ebbte die Berichterstattung deutlich ab. Die Meinungsäußerungen in den Medien waren hier zu 87 Prozent negativ. Die Autoren der Artikel spielten dabei keine große Rolle, Meinungsäußerungen kamen zumeist von Laienorganisationen der katholischen Kirche, von Betroffenen/Opfern sowie von Amtsträgern der katholischen Kirche. Die einzigen zwei positiven Meinungen kamen von einem Amtsträger sowie von der Bevölkerung. Sowohl in der linksliberalen Presse als auch in der konservativen überregionalen Presse gab es keine positive Meinung, beide enthielten zu mehr als 80 Prozent negative Positionen. Ähnlich in der „Mittelbayerischen Zeitung", die jedoch die zwei positiven Aussagen enthielt. In der linksliberalen Presse kamen vor allem die Opfer/Betroffenen sowie die Laienorganisationen und die Autoren zu Wort. In der konservativen Presse spielten die Opfer/Betroffenen

15 Analysezeitraum vom 1.9. bis 28.10.2008.

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2008-4-396, am 12.10.2024, 09:07:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

keine besondere Rolle, auch die Autoren äußerten sich nicht. In der Lokalzeitung lag der Schwerpunkt bei den Laienorganisationen, den Amtsträgern und bei den Stimmen aus der Bevölkerung. Auch hier wurde von den Autoren nicht kommentiert. Die Meinungsäußerungen waren noch stärker als bei den anderen beiden Fällen emotional geprägt. Zumeist hatten sie die Person Müller und nicht das Thema zum Gegenstand. Anders als bei Mixa und Meisner zielten die Meinungsäußerungen aber auch etwas stärker auf die Kirche, die dann ebenfalls negativ bewertet wurde. Dazu passt, dass in den Artikeln häufiger Verbindungen zu anderen Fällen und damit zum Teil auch zur katholischen Kirche allgemein hergestellt wurden.

Die Reaktion von Müller bestand vor allem in der Rechtfertigung und Verteidigung. Weiter sah er sich auch als Opfer. Darüber hinaus wurde in den Medien thematisiert, dass von ihm keine Reaktion komme. Seine Stellungnahmen wurden vergleichsweise häufig kommentiert, in allen Fällen waren die Kommentare – sei es vom Autor oder durch Zitate – negativ. In den Medien wurde ihm in erster Linie nahe gelegt, sich zu entschuldigen. Wenn in den Artikeln ein Gesamtfazit erkennbar war, dann ging es zumeist darum, dass sich Müller ungeschickt bzw. nicht angemessen verhalte.

Skandalisiert wurde der Fall um den bereits einschlägig vorbestraften und dennoch wieder eingestellten und dabei rückfällig gewordenen Priester neben der Lokalzeitung vor allem von der „Süddeutschen Zeitung", bei der auch im Gegensatz zu den anderen Medien die Journalisten selbst kommentierten. Hier hat sicherlich – vor allem bei der Lokalzeitung – der Nachrichtenfaktor Nähe eine Rolle gespielt; jedoch war die „Süddeutsche Zeitung" offensichtlich am stärksten an der Skandalisierung dieses Falls interessiert, für die übrigen Medien war er weniger von Bedeutung. Der Skandal wurde allerdings nicht darin gesehen, dass ein Priester einen Jugendlichen missbraucht hatte, sondern darin, dass das Ordinariat bzw. dass Bischof Müller einen einschlägig vorbestraften Priester weiterbeschäftigt hatte. Es ging also darum, einen Bischof zu treffen, der in der Vergangenheit umstrittene Entscheidungen getroffen hatte, z. B. indem er in seinem Bistum den Diözesanrat und die Dekanatsräte abgeschafft und durch andere Laiengremien ersetzt hatte.[16] Dennoch dürfte die Berichterstattung über diesen Fall nicht nur dem Regensburger Bischof, sondern auch der katholischen Kirche insgesamt geschadet haben.

16 Vgl. Bischof Gerhard Müller – Mittelpunkt vieler Konflikte. dpa-Porträt vom 24.9.2007.

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2008-4-396, am 12.10.2024, 09:07:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Resümee

Die beiden provokanten Äußerungen sowie die Affäre um den pädophilen Priester boten im Jahr 2007 Anlass zur Skandalisierung dreier katholischer Würdenträger. Alle drei Fälle wurden von den Medien aufgegriffen, weil sie hohen Nachrichtenwert hatten: Im ersten Fall war dies die scharfe Formulierung eines hohen Vertreters der Kirche zu einem aktuellen Thema, im zweiten Fall eine provokante Äußerung, die mit einem Tabu brach, und im dritten Fall der an sich schon mit hohem Nachrichtenwert versehene Fall eines pädophilen Priesters, der – was verschärfend hinzukam – trotz Vorbestrafung wieder in Kontakt mit Kindern und Jugendlichen kam.

Da es zumindest auf Basis des Agenturmaterials unter Einschluss der Meldungen aus der katholischen Kirche, wo am ehesten verteidigende Stimmen zu erwarten gewesen wären, nur wenige positive Äußerungen zu den drei Fällen gab, erfolgte die Skandalisierung fast zwangsläufig und in allen Medien. Die linksliberalen Medien berichteten zumeist mehr und skandalisierten stärker als die konservativen. Getroffen werden sollte mit der öffentlichen Empörung über die drei (Erz-)Bischöfe weniger die katholische Kirche an sich, sondern konservative Exponenten bzw. der konservative Flügel der katholischen Amtskirche. Dennoch ist anzunehmen, dass die skandalisierende Berichterstattung der katholischen Kirche insgesamt geschadet hat.

Im Sinn einer erfolgreichen Public Relations Arbeit ist gerade bei deutlichen und scharf formulierten Äußerungen gut zu überlegen, ob zumindest teilweise mit öffentlicher Unterstützung gerechnet werden kann. Ansonsten dürften solche Äußerungen für die Kirche überwiegend negative Folgen haben. Eine Institution, die hohe Moralvorstellungen hat, muss natürlich weiter damit rechnen, dass kriminelles Verhalten in ihren eigenen Reihen besonders stark von den Medien beachtet wird. Hier ist – ganz unabhängig davon, ob im konkreten Fall Fehler passiert sind oder auch nicht – ein sehr sensibles Vorgehen nötig, wie es Papst Benedikt XVI. bei seiner Reise in die USA mit sehr positivem Medienecho gezeigt hat.

Literatur

Burkhardt, Steffen (2006): Medienskandale. Zur moralischen Sprengkraft öffentlicher Diskurse. Köln.

Daschmann, Gregor (2001): Der Einfluss von Fallbeispielen auf Leserurteile. Experimentelle Untersuchung zur Medienwirkung. Konstanz.

Gemmingen, Eberhard von (2005): Medienpapst und Papstmedien. Johannes Paul II.

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2008-4-396, am 12.10.2024, 09:07:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

und die Vatikanmedien. In: Communicatio Socialis, 38. Jg., H. 3, S. 247-266.

Große Kracht, Hermann-Josef (1997): Gibt es eine moderne kirchliche Öffentlichkeitstheorie? Vatikanische Mediendokumente zwischen emphatischer Demokratiebejahung und neuer Öffentlichkeitsangst. In: Communicatio Socialis, 30. Jg., H. 3, S. 247-266.

Günther, Wilfried (2000): Zur Entwicklung der religiösen Kultur. Sekundäranalyse von Daten des Allensbacher Archivs. München [Zusammenfassung der Studie unter http://www.medien-dienstleistung-gmbh.de; Abruf 19.5.2008].

Hitzler, Roland (1989): Skandal ist Ansichtssache. Zur Inszenierungslogik ritueller Spektakel in der Politik. In: Ebbighausen, Rolf/Neckel, Sighard (Hg.): Anatomie des politischen Skandals. Frankfurt am Main, S. 334-354.

Johannes Paul II. (1990): Enzyklika Redemptoris Missio Seiner Heiligkeit Papst Johannes Paul II. über die fortdauernde Gültigkeit des missionarischen Auftrags. 7. Dezember 1990. Bonn.

Kepplinger, Hans Matthias (1994): Publizistische Konflikte. Begriffe, Ansätze, Ergebnisse. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen (= Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft Nr. 34), S. 214-233.

Kepplinger, Hans Matthias (1996): Skandale und Politikverdrossenheit – ein Langzeitvergleich. In: Jarren, Otfried/Schatz, Heribert/Weßler, Hartmut (Hg.): Medien und politischer Prozeß. Politische Öffentlichkeit und massenmediale Politikvermittlung im Wandel. Opladen, S. 41-58.

Kepplinger, Hans Matthias (1999): Publizistische Konflikte. In: Wilke, Jürgen (Hg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Köln u. a., S. 698-719.

Kepplinger, Hans Matthias (2001): Wie Journalisten Skandale machen. In: Lorenz, Thorsten/Steinig, Wolfgang/Wölfing, Willi (Hrsg.): Die Medien-Macher. Programme, Produzenten und Medienpolitik in Deutschland. Weinheim, Basel, S. 179-189.

Kepplinger, Hans Matthias (2005): Die Mechanismen der Skandalisierung. Die Macht der Medien und die Möglichkeiten der Betroffenen. 2., akt. Auflage. München.

Kepplinger, Hans Matthias/Hartung, Uwe (1993): Am Pranger. Eine Fallstudie zur Rationalität öffentlicher Kommunikation. München.

Klenk, Christian (2008): Ein deutscher Papst wird Medienstar. Benedikt XVI. und der Kölner Weltjugendtag in der Presse. Berlin.

Päpstliche Kommission für die Instrumente der Sozialen Kommunikation (1982): Pastoralinstruktion Communio et Progessio. Über die Instrumente der sozialen Kommunikation. Veröffentlicht im Auftrag des II. Vatikanischen Konzils. Von den deutschen Bischöfen approbierte Übersetzung. Trier.

Paul VI. (1975): Apostolisches Schreiben „Evangelii nuntiandi" Seiner Heiligkeit Papst Pauls VI. an das Episkopat, den Klerus und alle Gläubigen der Katholischen Kirche über die Evangelisierung in der Welt von heute. Bonn.

Thompson, John B. (2000): Political Scandal. Power and Visibility in the Media Age. Oxford, Malden (MA).

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2008-4-396, am 12.10.2024, 09:07:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb